

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Postfach 1165 • 38501 Gifhorn



1949 – 2024

Pressespiegel vom 24. Juli 2024



Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 98 98-0
gwg@gwg-gifhorn.de

Bankverbindung
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01
BIC: PBNKDEFFXXX

Vorstand: Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

„Es gibt weiter Risiken“

Ramona Pop ist Deutschlands oberste Verbraucherschützerin, sie sorgt sich um hohe Energiepreise

Frau Pop, die Zeiten hoher Inflation und galoppierender Energiepreise sind vorbei. Können Verbraucherinnen und Verbraucher aufatmen? Es wäre schön, wenn es so wäre. Zwar steigen die Preise nicht mehr so heftig wie noch in unmittelbarer Folge des Krieges gegen die Ukraine. Wir sehen an manchen Stellen Entspannung. Aber dass die hohe Inflation vorbei ist, heißt ja auch nur, dass die Preise nicht mehr so rasant steigen. Bei Lebensmitteln sind die Preise weiter auf einem hohen Niveau, bei Energie ist das Bild nicht so eindeutig. Inzwischen sind auch viele neue Verträge wieder deutlich günstiger. Aber es gibt weiter Risiken.

Inwiefern?

Zum einen bleibt beim Gaspreis die geopolitische Entwicklung ein Risikofaktor. Die langfristigen Veränderungen und der Rückbau der Gasinfrastruktur können auch zu höheren Netzentgelten führen. Und beim Strompreis bleibt das alte Problem, dass der nach dem Merit-Order-Prinzip eben am Gaspreis hängt. Große Entwarnung würden wir hier nicht geben. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten sich am besten umschauen, ob sie günstigere Verträge bekommen. Aber dann bitte darauf achten, dass die Anbieter seriös sind.

... was nicht immer der Fall ist.

Gerade während der Preiskrise haben wir gesehen, dass die unseriösen Anbieter, die mit Lockangeboten geworben haben, die ersten waren, die vom Markt verschwanden und ihre Kunden dann mehr oder minder alleinließen. Deshalb sollte man sehr deutlich auf Seriosität achten. Ein anderes Thema ist die Fernwärme, die uns Sorgen bereitet.

Wieso?

Wir sehen, dass weiterhin unerklärliche Preisspannen am Markt existieren und dass die Intransparenz dort leider anhält. Damit der Fernwärmeausbau verbraucherfreundlich angegangen wird, sollte die Bundesregierung bei der Überarbeitung der Fernwärmeverordnung jetzt sehr zügig auf klare Preistransparenz achten und eine unabhängige Preisaufsicht installieren.

Die Energiewende sorgt für einige Veränderungen. Können Sie verstehen, wenn Verbraucher sich überfordert fühlen?

Wir sehen in den Beratungsstellen der Verbraucherzentralen, dass die Menschen mit vielen Fragen auf uns zukommen. Da hilft es sicherlich nicht, wenn Gesetze nicht gut vorbereitet werden und es bei der Umsetzung noch Dauerstreit in der Koalition gibt.

Es gibt gerade große Debatten um das 49-Euro-Ticket.

Ja, und die sorgen für Verunsicherung. Das 49-Euro-Ticket ist eine Erfolgsgeschichte, scheint aber inzwischen ein ungeliebtes Stiefkind geworden zu sein. Jetzt schieben sich alle die Schuld zu, was die steigenden Kosten angeht. Das ist kein guter Umgang damit. Wenn gerade in diesen Zeiten das 49-Euro-Ticket teurer wird, wird es zum Ladenhüter.



Ramona Pop leitet seit 2022 den Bundesverband der Verbraucherzentralen. Die 46-Jährige war zuvor für die Grünen Wirtschaftssenatorin in Berlin.

FOTO: DOMINIK BUTZMANN/DPA

ter. Das wäre traurig, denn wir sehen, dass es wirkt und dass Menschen auf Bus und Bahn umsteigen.

Der Preis sollte 2025 weiterhin bei 49 Euro liegen?

Ja, und auch darüber hinaus. Das Deutschlandticket muss bis 2030 preisstabil sein. Bis dahin sollte es 49 Euro kosten. Das wäre ein Signal in Zeiten, in denen viele unsicher sind, wann die nächste Teuerung kommt. Darauf könnte man sich dann verlassen.

Sie bieten auch Schuldnerberatungen an. Wie groß ist das Problem mit Schulden?

Vom letzten Schuldneratlas wissen wir unter anderem, dass es bei jungen Menschen eine Zunahme bei der Überschuldung gibt. Das liegt auch an vielen Kleinstkrediten bei Onlinekäufen. Das wird schnell unübersichtlich. Und wir glauben,

dass vielen nicht klar ist, dass sie durch Modelle wie „Buy now, pay later“ einen Kredit aufnehmen. Unsere Umfragen zeigen auch, dass Menschen immer häufiger in den Dispo gehen, um ihre Alltagsausgaben zu bewältigen. Aber man sollte Ausgaben für den täglichen Bedarf nicht mit Krediten finanzieren.

Sind Verbraucher denn ausreichend geschützt?

Zwei Punkte müssen geregelt werden. Zum einen brauchen wir eine verlässliche Prüfung, ob Kredite, die vergeben werden, auch mit den vorhandenen Einnahmen und Ausgaben zurückgezahlt werden können. Das wäre möglich und muss mit der Umsetzung der neuen europäischen Verbraucherreditlinie in Deutschland noch präzisiert werden. Gut ist, dass das Bezahlmodell „Buy now, pay later“ künftig auch als Kredit gilt, was bislang nicht der

Fall ist. Denn es ist so, dass es schnell zu „Buy now, pay later more“ werden kann. Das sollte man auch sagen, denn womöglich fallen irgendwann zusätzlich auch noch Zinsen an.

Und der andere Punkt?

Wir brauchen auch bei Dispokrediten eine bessere Regulierung. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, dass sich die Höhe des Disporahmens auch an der Rückzahlungsfähigkeit einer Person orientieren muss. Und nicht, dass beispielsweise jemand mit sehr geringem Einkommen 10000 Euro ins Minus gehen kann und da nur ganz schwer wieder rauskommt.

Ihr Verband kritisiert auch „diskriminierende“ Bonitäts-Scores. Was meinen Sie damit?

Derzeit ist es so, dass das Scoring ein Stück weit eine Blackbox ist, bei der man nicht so genau weiß, wie sich der individuelle Score zusammensetzt. Da sollte für mehr Transparenz gesorgt werden. Außerdem sollten bestimmte Merkmale ausgeklammert werden, beispielsweise das Alter, das Geschlecht oder die Adresse. Das sind Merkmale, die mit meiner Kreditwürdigkeit erst mal gar nichts zu tun haben und die diskriminierend wirken können. Wir sehen auch, dass sich häufig wechselnde Verträge negativ auswirken können. Dabei wissen wir, dass gerade junge Leute häufiger mal die Bank wechseln. Es darf nicht sein, dass das etwa den Score verschlechtert.

Interview: Johanna Apel



Das Deutschlandticket muss bis 2030 preisstabil sein.



Mehr Schuldner, mehr Interesse an Energieberatungen: Verbraucherzentralen hatten zuletzt viel zu tun.

FOTO: JAN WOITAS/DPA

Aller-Zeitung, 24. Juli 2024

Was tun gegen Hitze in der Wohnung

Was Sie bei heißen Sommertagen in Haus und Wohnung unternehmen können

Bremen. Klettern die Temperaturen draußen in die Höhe, merkt man das meist auch in den Innenräumen. Besonders im Dachgeschoss kann es dann schnell unangenehm heiß werden. Was tun?

Ventilator nur bis 35 Grad sinnvoll

Und natürlich kann auch ein mobiles Raumklimagerät erste Hilfe leisten - und die Temperatur im Zimmer senken. Die warme Luft wird dabei über einen Abluftschlauch durch

ein geöffnetes oder gekipptes Fenster ins Freie geleitet. Laut Verbraucherzentrale Bremen muss man für ein solches Gerät allerdings nicht nur mit Anschaffungskosten zwischen 500 und 1000 Euro rechnen. Je nach Nutzung kommen demnach auch geschätzte 40 bis 140 Euro Stromkosten im Jahr dazu. Vielleicht tut es aber ja auch ein Ventilator. Bewegte Luft fühlt sich, so heißt es auf der Webseite der Verbraucherzentrale NRW, nämlich kühler an als stehende Luft - und 30 Grad Celsius

seien plötzlich gar nicht mehr so schlimm. Laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) kann man Ventilatoren bis zu Temperaturen von ca. 35 °C einsetzen. Danach würden sie an ihre Grenzen stoßen. Die durch den Ventilator zugeführte warme Luft könne die Haut dann nicht mehr kühlen, es bestehe sogar die Gefahr, dass die Ventilatoren die Überhitzung in dem Fall fördern, heißt es auf dem BZgA-Portal www.klimamensch-gesundheit.de.

Sonnenschutz fürs Fenster

Wirksam ist Sonnenschutz vor allem, wenn er von außen angebracht wird, in Form von Außenrollos oder Dachfenstermarkisen etwa. Wer Dachfenster austauscht oder neu einbaut, sollte solche Sonnenschutzvorrichtungen einplanen, rät die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Kurzfristig ist das allerdings kaum umzusetzen. Für die nächste Hitzewelle müssen also andere Lösungen her. Von innen angebrachte Vorrichtungen

etwa, die ebenfalls vor Überhitzung schützen können - Rollos, Plissees, Lamellen oder Falstores. Sie schützen zwar weniger vor Hitze als außen liegende Systeme, schließlich wird nur ein Teil der Wärme wieder nach draußen reflektiert. Je mehr die zum Fenster zeigende Seite das Sonnenlicht reflektiert, desto besser ist es allerdings.

Einen vergleichsweise preisgünstigen Schutz bieten der Verbraucherzentrale Bremen zufolge reflektierende Sonnenschutzfolien. Sie könne auf

Fensterscheiben geklebt werden, verdunkeln die Wohnräume und verringern deren Erwärmung. Je nach Folie werden sie von innen oder außen auf die Fenster geklebt. Wer zur Miete wohnt, sollte vor dem Anbringen aber auf jeden Fall den Vermieter informieren.

Lüften auf allen Ebenen

Außerdem wichtig in allen Innenräumen: Richtig lüften. „Das sollten die Bewohnerinnen und Bewohner am besten in den kühleren Nachtstunden tun“,

rät Frank Hettler vom Informationsprogramm Zukunft Altbau. „So können die Räume so gut wie möglich herunterkühlen.“ Besonders sinnvoll: ausgiebiges Querlüften, also gleichzeitig durch mehrere Fenster lüften, damit die Luft effektiv ausgetauscht wird. Gibt es mehrere Etagen, rät die Verbraucherzentrale NRW, den sogenannten Kamineffekt zur Lüftung zu nutzen - und Fenster auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig zu öffnen.

Jessica Klemm

Wolfsburger Nachrichten, 24. Juli 2024

Umzug wegen Mieten schwerer

Berlin – Fast jeder Dritte in Deutschland würde gerne umziehen – bei vielen scheitert das einer Umfrage zufolge aber an hohen Mieten. In einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts YouGov zeigten sich 58 Prozent mit ihrer Wohnsituation zufrieden. 18 Prozent antworteten, sie planten einen Umzug. 20 Prozent würden gerne umziehen, haben aber keine konkreten Pläne.

Mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent) gab an, zu hohe Kosten hielten sie von einem Umzug ab. In den Städten werden hohe Mieten und Grundstückspreise stärker als Problem wahrgenommen als im ländlichen Raum. Auch zu wenig Wohnraum ist für mehr als jeden Dritten ein Hinderungsgrund. dpa

Isenhagener Kreisblatt, 24. Juli 2024

Vorerst keine Trendwende

Erholung beim Hochbau verzögert sich bis 2026

Frankfurt/Main – Gestiegene Zinsen, hohe Baukosten, stornierte Projekte: In der Baubranche kriselt es, insbesondere im Wohnungsbau. Eine spürbare Erholung im Hochbau wird nach Einschätzung der Strategieberatung EY-Parthenon erst 2026 einsetzen. „Zwar lösen sich zahlreiche Probleme und Komplikationen der vergangenen Jahre wie Lieferengpässe auf, Hürden wie hohe Materialkosten, Fachkräftemangel, steigende Lohnkosten, begrenzter Bauraum und auch die gestiegenen Finanzierungskosten bleiben jedoch bestehen“, so eine Analyse.

„Trotz der aktuell schwierigen Lage erwarten wir mittelfristig eine Stabilisierung“, sagt Björn Reineke, Partner von EY-Parthenon. So hätten sich etwa Materialkosten stabilisiert. Auch die treibenden



Die Probleme im Hochbau werden weniger – bis mehr Wohnungen gebaut werden, dauert es aber wohl noch. FOTO: DPA

Kräfte hinter der Wohnraumnachfrage wie die Zuwanderung blieben unverändert.

Die Experten erwarten, dass bei Privatpersonen „die Bereitschaft zum Bauen perspektivisch wieder steigt“. Derzeit gebe es viel Unsicherheit. „Wenn aber das verfügbare Einkommen nach den

Lohnerhöhungen wegen des Inflationsausgleichs steigt und vor allem auch günstigere Finanzierungsbedingungen den Immobilienkauf wieder leichter finanzierbar machen, wird das Eigenheim wieder erreichbar.“

Konkret erwarten die Berater nach einem Rückgang des

preisbereinigten Hochbauvolumens von 2,2 Prozent 2023 für dieses Jahr ein Minus von 1,8 Prozent. „Derzeit gehen wir davon aus, dass sich der Markt ab 2025 mit einem leichten Plus von 0,3 Prozent wieder stabilisieren und ab 2026 mit 1 Prozent wieder leicht wachsen wird“, so die Autoren. Während der Wohnungsbau ab 2025 wieder leicht an Dynamik gewinnen werde, dürften sich der Wirtschaftsbau und öffentliche Bau erst ab 2026 erholen.

Im vergangenen Jahr war das reale Bauvolumen zum dritten Mal in Folge um 2,2 Prozent auf 293 Milliarden Euro gefallen. 2023 wurden laut Statistischem Bundesamt 294 400 Wohnungen fertig. Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag 400 000 neue Wohnungen jährlich angepeilt. dpa

Isenhagener Kreisblatt, 24. Juli 2024